

Projekttag mit Ausstrahlung

Am Freitag ist es so weit: Die Schülerinnen und Schüler der zweiten Gymnasialklassen des Gymnasiums Immensee sind auf Sendung.

Von 10 Uhr bis 16.30 Uhr erfährt man am Freitag, was unter Jugendlichen angesagt ist und erhält ein Update in Sachen Sport, lernt die neusten Apps für «Kidz» kennen, erhascht einen Blick in die Zukunft und hört die Hits von heute und morgen. Vor allem aber kann man die Erfahrungen teilen, welche die jungen Menschen im Kinderdorf Pestalozzi mit Gleichaltrigen aus Mazedonien gemacht haben. Sie bringen so den Balkan mit ins mobile Radiostudio des POWER_UP RADIO, verpackt in interessante Porträts, Interviews und aktuelle Beiträge. Mithören kann man per Livestream auf www.powerup.ch.

Mit dem Projekt «selber Radiomachen» sollen Medienkompetenzen vermittelt, die Sprachkompetenzen gestärkt und das technische Verständnis sowie die Sozial- und Selbstkompetenzen gefördert werden. Die Projekte werden für Unter-, Mittel- und Oberstufe sowie für Kantons- und Berufsschulen angeboten (Tages- oder Wochenprojekt). Technisch Versierte dürfen sich sogar mal hinter das Mikrophon setzen und eine Sendung «fahren». (eing)



Durch das Projekt «selber Radio machen» können Schulkinder beim mobilen Radiostudio POWER_UP RADIO auf Sendung gehen. Bild zvg

Erster Urner Pass öffnet wohl bald

Der erste Urner Pass, der Oberalp- pass, sollte voraussichtlich am 26. April nach der Winterpause wieder befahrbar sein. Die Öffnung der Gotthard- passstrasse ist knapp einen Monat später geplant – gleichzeitig mit der Klausenpassstrasse. Gestern starteten die Schneeräumungsarbeiten an einzelnen Urner Pässen, wie die Urner Baudirektion schreibt. Gleichzeitig gab sie die provisorischen Öffnungstermine der Alpenpässe bekannt. Je nach Wetter können diese eine Woche früher oder später erfolgen.

Vorgesehen ist, dass der Oberalp- pass von Andermatt nach Disentis am 26. April wieder befahren werden kann. Knapp einen Monat später, am 20. Mai, ist die Freigabe des Klausen- passes und des Gotthardpasses geplant. Vor einem Jahr war die Winter- sperre am Klausenpass, der Altdorf und Linthal verbindet, bereits am 8. Mai vorbei, am Gotthardpass am 13. Mai. Am 6. Juni soll die Winter- sperre am Furkapass, der das Urserental im Kanton Uri mit dem Bezirk Goms im Kanton Wallis verbindet, aufgehoben werden. Vier Tage später, am 10. Juni, ist die Öffnung des Sustenpasses vorgesehen. Die provisorischen Öffnungszeiten seien mit den Nachbarkantonen abgesprochen, heisst es. Über die definitiven Öffnungstermine will die Urner Baudirektion laufend informieren. (sda)

Tribüne

Wahlsplitter

von **Toni Dettling**,
alt Ständerat, Schwyz



Die alte Lebensweisheit, wonach das Verfahren die halbe Miete ist, hat sich am sonntäglichen Wahltag wieder einmal bewährt. Im Vordergrund steht dabei der doppelte Pukelsheim, der bei den Schwyzer Kantonsratswahlen erstmals zur Anwendung gelangte. Eine theoretische Nachrechnung der Ergebnisse zeigt nämlich, dass die SVP als grösste Partei ihre Sitzzahl nach der alten Proporzmethode im Vergleich zum neu angewendeten Pukelsheim dank Restmandaten in den Gemeinden kantonal um nicht weniger als 5 Sitze hätte erhöhen können. Anstelle von nunmehr 2 Sitzverlusten wäre somit ihre Sitzzahl von bisher 35 (2012) auf neu 38 Sitze angewachsen und dies bei einem erzielten Wähleranteil von bloss 33,1 Prozent. Die CVP hätte nach der bisherigen Verteilung ebenfalls um 3 Sitze besser abgeschnitten, womit sie 30 Mandatsträger stellen könnte. Verlierer wären bei dieser Berechnungsweise die SP/Grünen

(-1 gegenüber dem alten Besitzstand von 2012) und die GLP (-1) gewesen, während die FDP mit oder ohne Pukelsheim in der Abrechnung 2 Sitzverluste hätte verbuchen müssen.

Das sind zwar keine erdrutschartigen Verschiebungen. Dennoch machen sie deutlich, wie stark die grossen Parteien vom alten «Gemeinde»-Proporz bisher profitiert haben. Das neue Verhältniswahl-Verfahren legt der Verteilung der Sitze nicht mehr die Gemeinde als Wahlkreis zugrunde. Vielmehr sind bei der matchentscheidenden Sitzverteilung die im ganzen Kanton erzielten Wähleranteile der Parteien massgeblich. Das führt zu einer gerechteren Sitzverteilung vorab zugunsten der kleineren Parteien, deren Anstrengungen nicht mehr durch ein längst überholtes Proporz-Verfahren abgestraft werden. So erhalten neu SP und Grüne mit ihrem Wähleranteil von 15,2 Prozent 15 Sitze und nicht bloss 10 wie dies nach dem alten «Gemeinde»-Proporz noch der Fall wäre. Umgekehrt kann die SVP aufgrund ihres erzielten Wähleranteils von 33,1 Prozent 33 Mandatsträger stellen und nicht die ihr nach alter Proporzmethode zugefallenen 38. Staatspolitisch ist dies zweifellos richtig, wie notabene die SVP 1986 als damalige «Zwergpartei» mit 4 Kantonsratsmandaten zugunsten der von ihr mitgetragenen Volksinitiative für ein gerechtes Wahlsystem selbst propa-

gierte. Doch zeigt die praktische Anwendung des doppelten Pukelsheims im Kanton Schwyz (voraussehbare) Probleme. Aufgrund der besonderen Struktur mit vielen Kleingemeinden kommt es bei der Unterverteilung der Sitze auf die Gemeinden zu unschönen Verwerfungen. So ist es problematisch, wenn die CVP Steinen mit rund einem Viertel an Stimmen-Vorsprung den Sitz der GLP überlassen muss, wobei das neue Wahlverfahren erst noch den bisherigen CVP-Mandatsträger trotz höchstem Stimmental aller Steiner Kandidaten mit dem Bannstrahl des Abgewählten trifft. Solchen strukturbedingten Schwierigkeiten des doppelten Pukelsheims könnte dadurch begegnet werden, dass die Wahlkreise für die Unterverteilung vergrössert würden oder dass der Bestgewählte in den kleinen Gemeinden bei der Unterverteilung jedenfalls als gewählt gilt. Es ist daher zweckmässig, aufgrund der praktischen Erfahrungen weiterführende Überlegungen zur Verbesserung und damit zur Erhöhung der Akzeptanz des neuen Wahlverfahrens anzustellen.

Im Vorfeld der Wahlen wurde auch die tiefe Hürde des absoluten Mehrs für die Regierungsratswahlen in Frage gestellt. In der Tat haben 8 der insgesamt 11 Kandidaten das absolute Mehr von 14 015 übertrafen, wobei Andreas Meyerhans als überzählig

ausschied. Nach alter, bis 2008 geltender Berechnungsweise hätte das absolute Mehr 18 986 Stimmen (+ 35%) betragen, was zwar der umstrittene SVP-Kandidat René Bünter, nicht aber der Neuling Michael Stähli geschafft hätte. Das alte Verfahren hätte also zu einer zweiten Ausmarchung um den siebten Sitz geführt, sofern weiterhin mehr als ein Kandidat zur zweiten Runde angetreten wäre. Beim Wahlgang 2012 hätten gar alle damals neuen Kandidaten (Petra Steimen, FDP, André Rügsegger, SVP, Sefan Aschwanden, CVP und Patrick Schönbächler, SP) in einer zweiten Runde den sechsten und siebten Sitz ausmarchen müssen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Feststellung, dass die Parteilisten der SVP und der FDP mit denselben fünf Kandidaten eine wesentliche Reduktion der Zahl an leeren Stimmen bewirkte. Während beim letzten Wahlgang 2012, wo jede Partei nur mit ihren eigenen Kandidaten antrat, der Wähler im Durchschnitt 4,4 von 7 Regierungsräten wählte, betrug diese Masszahl dank Fünferlisten neuerdings satte 5,2. Im Klartext bedeutet dies, dass sich vorab die grosse Schar der SVP-Wähler diszipliniert an das «Päckli» gehalten und vor allem auch ihrem umstrittenen Newcomer René Bünter zu einem glanzvollen Resultat verholten hat. Denn ausserhalb der Päckli-Liste hat

René Bünter wohl kaum grossen Zuspruch erfahren. Profitiert vom «Päckli» haben aber vor allem auch die FDP-Kandidaten, welche nicht zuletzt dank Wahlallianz Spitzenresultate einfahren konnten. Diese Schlussfolgerung ergibt sich sowohl aus dem doch eher bescheidenen Abschneiden der beiden bisherigen SVP-Regierungsräte wie auch etwa aus den vergleichbaren Resultaten 2012 und 2016 im Bezirk Einsiedeln.

Noch ein Wort zur sehr mässigen Wahlbeteiligung von 37,2 Prozent. Diese hat sich gegenüber der Sachabstimmung vom 28. Februar (68,9%) beinahe halbiert, liegt aber auch in etwa einen Drittel unter dem Niveau der vergleichbaren Ständerratswahlen vom 18. Oktober 2015. Die fehlende (mediale) Auseinandersetzung im Verbund mit dem wenig transparenten «Päckli» der SVP und FDP besicherten uns die zweitschlechteste Wahlbeteiligung der vergangenen 12 Wahlgänge seit Einführung des Frauenstimmrechtes im Jahre 1972. Das wurde zwar von den Wahlallianz-Befürwortern zum Zweck des höher gewichteten Machterhalts in Kauf genommen, ist aber aus demokratischen Überlegungen alles andere als erfreulich. Denn Demokratie lebt von interessierten Bürgern und Bürgerinnen, gerade auch bei Wahlen. Entgegen dieser Binsenwahrheit gilt offensichtlich die Lösung: Der Zweck heiligt die Mittel!

ANZEIGE



First-Garage – Ihr Opel- und Suzuki-Spezialist in der Region



SUZUKI



OPEL